

Lehren

Wahlverluste im Norden und die Strategiedebatte in der Union

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen in Bremen und der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein hat die Verlierer fast sprachlos gemacht und die Sieger nicht wenig in Erstaunen versetzt. Das Erstaunen galt bei Sozial- und Freidemokraten freilich weniger den eigenen Gewinnen oder Zugewinnen – beide hatten ja mit solchen, die Freien Demokraten in Schleswig-Holstein und in Bremen, die Sozialdemokraten wenigstens in Schleswig-Holstein, gerechnet – als den *katastrophalen Verlusten der Union*. Die Grünen – Gewinner in Bremen, Verlierer in Schleswig-Holstein – zählten demgegenüber fast schon nicht mehr. Darf man allerdings den nachträglichen Feststellungen der professionellen (demoskopischen) Wahlanalysen glauben, so zeichnete sich das Ergebnis bereits deutlich in Umfragen während der Wahlkampfzeit ab.

Und wie bei Erdrutschergebnissen es so geht, wurde auch gleich überinterpretiert und heftig schlußgefolgert über die Gesamtlage der Union, speziell der CDU. Je südlicher die Interpreten angesiedelt waren, um so unerbittlicher verdolmetschten sie das Ergebnis mit einem Eifer, dem man das eigene „Geschäftsinteresse“ nur allzu deutlich anmerkte. Was aus München unheildrohend verlautet wurde, konnte allerdings niemanden verwundern, denn wann gelingt es in letzter Zeit der kleineren Schwesterpartei der CDU schon, wie im Falle dieser jüngsten Wahlergebnisse nicht nur recht zu haben, sondern im Sinne des eigenen Kurses scheinbar auch recht zu bekommen. Eher erstaunt hat schon, mit welcher Selbstverständlichkeit der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende selbst, das „Bild der Zerstrittenheit der Union“ in den grauslichsten Farben ausmalend, *bundespolitische Ursachen* mit Vorrang nannte.

Das war für die Psychohygiene der Partei so wohl notwendig, aber wie ganz überwiegend in den Medien scheinen auf diese Weise auch in der CDU selbst die *landeseigenen Ursachen für das Wahldebakel* der Union im Norden voreilig weggewischt worden zu sein. Nicht die im letzten Moment losgelassene Affäre Barschel-Pfeiffer – diese beeinflusste die Regierungsbildung weit mehr als den Wahlausgang –, sondern die beschränkte Fortune Barschels, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Lande, der recht populäre Gegenkandidat Engholm: Dies erklärt wenn schon nicht die Verluste der CDU, so doch die überdies nicht sonderlich hohen Zugewinne der SPD (1,5 Prozent) in Schleswig-Holstein. Und was die Verluste der CDU betrifft, so sind diese in Bremen (mit 9,9 Prozent) zwar horrend und in Schleswig-Holstein (mit 6,4 Prozent) erdrutschartig, aber Schleswig-Holstein setzt damit keine neue Wegmarke für die Union, sondern bestätigt nur die Fortsetzung eines Trends, wie er sich seit der Niedersachsenwahl (dort – 6,4) und der Bayernwahl (– 2,5) herausgebildet und bei der Bundestagswahl (– 4,5) und bei der Rheinland-Pfalz-Wahl (– 6,8) verfestigt hat.

Allerdings so „normal“ im Verhältnis zu anderen Wahlergebnissen der letzten zwei Jahre – mit Ausnahme Hessens (+ 2,7) und Hamburgs (– 1,4) – wenigstens das Schleswig-Holstein-Ergebnis sich ausnimmt, so besorgniserregend für die Union ist der *Gesamtrend*: Er weist zunehmend und mit unerbittlicher Konsistenz nach unten. Gerade dieser Gesamtrend macht aber die an Fronleichnam dieses Jahres dem Bundesvorstand der Partei vorgetragene und von der CSU-Führung so vehement bekämpfte *Geißlersche Wahl- und Strategieanalyse* besonders brisant und aktuell. Die Analyse Geißlers, die ja durchaus die Meinung des Bundesvorstandes der CDU widerspiegelt, besagte im Kern nichts anderes, als daß die Union, wenn sie ihre Mehrheitsfähigkeit behaupten will, ihre Aufmerksamkeit auf die zukunfts-trächtigen Wähler der alten und neuen Mittelschichten (aufsteigende

Arbeiter, städtische Mittelschichten, technische Intelligenz) richten muß und ihr Profil nicht einseitig von politischen Randgruppen und immer kleiner werdenden Wählerschichten (Bauern, Vertriebene) bestimmen lassen darf, weil nicht dort der Union die eigentliche Gefahr droht, sondern in der mittleren Schicht der mobilen Stamm- und Wechselwähler.

Wer immer wieder die Gefahr beschwört, die CDU verliere Stammwähler nach rechts, der sollte doch auch beachten, daß z. B. in Bremerhaven, wo die mehr oder weniger rechtsradikale DVU (Liste D) überdurchschnittlich gewann, die CDU gerade in Hochburgen der DVU weit unterdurchschnittlich (– 4,0 bis – 4,5 Prozent) verlor. Im übrigen haben bei den letzten bayerischen Landtagswahlen die rechten „Republikaner“ trotz nationalkonservativer Gebärden seitens der CSU fast so viel gewonnen (3 Prozent) wie die Liste D in Bremen. Und Katholiken (auch kirchennahe) wählen wohl kaum deswegen in zunehmend größerer Zahl FDP und SPD, weil sie von diesen Parteien eine strengere Fassung des § 218 erwarten, sondern weil sie – aus ihrer Sicht – dort eine schlüssigere Abrüstungs-, Sozial- und Menschenrechtspolitik vorfinden als in der optisch immer wieder von Straußschen Weltansichten beherrschten Union. Eine Grundsatz- und Strategiedebatte ist in der Union also höchst dringlich, auch wenn dem Bundeskanzler selbst das Wort mißfällt: auch als nüchterne Besinnung auf das C – allerdings unter umgekehrten Vorzeichen, als es von München her gefordert wird. se

Zeichen

Ändert sich etwas in der sowjetischen Religionspolitik?

In den letzten Wochen mehren sich Anzeichen, daß *Gorbatschows* Strategie der „Umgestaltung“ auch auf die sowjetische Religionspolitik durchzuschlagen beginnt. Dabei sind grund-

sätzliche Änderungen, jedenfalls mittelfristig, wohl auszuschließen. Aber die gegenwärtige sowjetische Führung scheint wenigstens an einer gewissen *Entspannung im Verhältnis zu den Gläubigen* interessiert zu sein. Während der letzten Monate wurde eine ganze Reihe von Gewissensgefangenen, die aus religiösen Gründen Strafen in Arbeitslagern und Gefängnissen abbüßten, freigelassen. Anfang November kündigte der Vorsitzende des Rates für religiöse Angelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR, *Konstantin Chartschew*, anlässlich eines Amerikabesuchs nun die Freilassung aller aus religiösen Gründen Inhaftierten bis November. Chartschew räumte bei gleicher Gelegenheit ein, daß früher Gläubigen gegenüber „Fehler“ gemacht worden seien. Der Religionsminister wörtlich: „Unsere Führer meinten, es werde eine Zeit geben, in der keine Religion mehr in der sowjetischen Gesellschaftsordnung existieren werde, und in vielen Phasen unserer sozialistischen Entwicklung ließen wir administrative Gegenmaßnahmen anwenden.“ Zu diesen Maßnahmen hätten auch *Kirchenschließungen* gehört.

Chartschew wies zwar auch „den Kirchen“ Schuld an den Fehlern der Vergangenheit zu – sie hätten den sowjetischen Staat nicht anerkennen wollen. Doch soll jetzt ein neuer Modus gefunden werden. Folgt man dem Minister, dann wird es künftig wesentliche Verbesserungen geben: Z. B. Erleichterungen bei der Registrierung von Kirchengemeinden und bei der Herausgabe religiöser Literatur, die in die Eigenverantwortung der Religionsgemeinschaften gestellt werden sollen.

Was daran Goodwill-Bekundung gegenüber dem westlichen Ausland ist und was in der Sowjetunion Gorbatschows verwirklicht ist, wird sich herausstellen, wenn, wie inzwischen mehrfach angedeutet, im nächsten Jahr die *sowjetische Religions-Gesetzgebung* revidiert werden soll.

An Vorschlägen dazu aus den verschiedenen Religionsgemeinschaften wird es nicht fehlen. So hat z. B. ebenfalls Anfang September eine 34köp-

fige Gruppe von Christen verschiedener Konfession, unter ihnen zwei Katholiken (einer aus Litauen, einer aus Moskau), einen dem sowjetischen Staatsoberhaupt Gromyko und Parteichef Gorbatschow übermittelten 11-Punkte-Katalog aufgestellt. In ihm wird u. a. gefordert: Anerkennung der Kirchen und religiösen Gemeinschaften als juristische Personen; Rückerstattung von enteigneten Kirchen und von Kircheneigentum; Änderung des Artikels 52 der sowjetischen Verfassung im Sinne gleichen Rechts für antireligiöse und religiöse Propaganda; Aufhebung des Dekrets vom 8. April 1929, das den Religionsgemeinschaften jede karitative Tätigkeit verbietet; volle Freiheit der Verkündigung und der religiösen Erziehung; freie internationale Kontakte zu Kirchen und zu ökumenischen und anderen religiösen Zentren in anderen Staaten.

Hoffnungen geweckt hat speziell bei der russisch-orthodoxen Kirche die Schaffung eines neuen „Rates für Religionsangelegenheiten beim Ministerrat in der russischen Sowjetrepublik“. Laut Auskunft der Agentur Nowosti und der sowjetischen Botschaft in Bonn hat der Rat die Aufgabe, nicht nur im Rahmen der sowjetischen Gesetze die Einhaltung der Rechte der Gläubigen zu kontrollieren, sondern auch deren Wünsche und Forderungen kennenzulernen und bei der Lösung der entstandenen Probleme zu helfen. Der (neuernannte) Leiter des Rates, Professor *Leonid Kolesnikow*, sprach in einer seiner ersten Stellungnahmen u. a. das Problem der *gesetzlichen Registrierung von Kirchengemeinden* an, ohne die jede kirchliche (auch gottesdienstliche) Tätigkeit in der Sowjetunion illegal ist. Lokale und regionale Behörden würden die Registrierung von Kirchengemeinden oft rechtswidrig verweigern.

Seit einiger Zeit ist die Lage der Gläubigen auch kein Tabuthema mehr in der sowjetischen Presse. So wurden z. B. in der Wochenzeitung „Moskowskije Nowosti“ mit auffallend liberal-atheistischer Diktion „extremistische Atheisten“ kritisiert, die die angeblichen Marienerscheinungen in der Westukraine, die bereits eine

halbe Million Wallfahrer angezogen haben sollen, als Schwindel darstellten und damit die Gefühle der Gläubigen verletzen. Die Menschen werden aus Not Zuflucht zur Religion nehmen, und Unterdrückung aus religiösen Gründen bestärkte sie nur darin.

Die Zeichen eines gewissen Umdenkens mehrten sich also. Wieweit sie tragen, ist nicht abzusehen, wohl aber, daß die sich verändernde sowjetische Religionspolitik mit dem Kurs Gorbatschows stehen und fallen dürfte. un

Schlagseite

Marien-Kongresse in Kewelaer

Eigentlich hätte *Johannes Paul II.* erst im September dieses Jahres dem niederrheinischen Marienwallfahrtsort Kewelaer einen Besuch abstatten und dabei den Abschlußgottesdienst des 10. Mariologischen und 17. Marianischen Kongresses halten sollen. Da seine Reise in die USA diesen Plan durchkreuzte, eröffnete er statt dessen im Mai am selben Ort die diesjährige Wallfahrtsaison, schickte ansonsten seinen Nachfolger im Amt des Erzbischofs von Krakau als persönlichen Delegaten und versicherte den Teilnehmern der Kongresse per Telegramm, daß er gerne in Kewelaer dabei gewesen wäre.

Es war – nach Trier 1912 – der zweite Marianische Kongreß in Deutschland. Seit 1950 unterscheidet man bei dieser marianischen Großveranstaltung einen eher pastoral ausgerichteten *Marianischen* und einen wissenschaftlich orientierten *Mariologischen* Kongreß. Veranstalter ist die 1959 von Papst Johannes XXIII. zur Päpstlichen Akademie erhobene „Pontificia Academia Mariana Internationalis“ mit Sitz in Rom. Die ersten mariologischen Kongresse fanden im Jahr der Dogmatisierung der „Aufnahme Mariens in den Himmel“ im Jahre 1950 und vier Jahre später bzw. genau 100 Jahre nach der Dogmatisierung der „Unbefleckten Empfängnis“ 1954 statt.